

Wasser wichtiger als Wein

Klimawandel in Sachsen-Anhalt:

Grünen fordern einen wirksamen Klimaschutz

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt wurde das Wochenende mit einem kleinen Parteitag eingeläutet - die Themen Klimawandel und Klimaschutz standen ganz oben auf der Agenda. Weltweit vollzieht sich der Klimawandel: Luft und Ozeane werden immer wärmer, Eisberge und Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt und extreme Wettersituationen häufen sich. Auch Sachsen-Anhalt ist von diesen Veränderungen betroffen. Die jüngst im Umweltministerium vorgestellte Vulnerabilitäts-Studie zeigt, wie verletzlich die einzelnen Regionen des Landes durch den Klimawandel sind.

Dazu Dorothea Frederking, die energiepolitische Sprecherin der Grünen: "Ein großes Problem ist die zunehmende Trockenheit. Die Landwirtschaft bekommt dann zu wenig Wasser - eine unserer wichtigsten Lebensadern. Da nützt uns die Aussicht auf mehr Weinsorten auch wenig. Neben den erforderlichen Anpassungen an den Klimawandel müssen wir deshalb endlich konsequente Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Die Zeit der Studien und Konzepte ist vorbei - es muss gehandelt werden."

Für die Grünen seien Energieeffizienz, Energieeinsparung und die reichlich vorhandenen erneuerbaren Energien die entscheidenden Lösungen. Der Kohlendioxid-Ausstoß müsse drastisch reduziert werden. Aus diesem Grund sei gerade neuen Kohlekraftwerken eine klare Absage zu erteilen. Ein neues Steinkohlekraftwerk in Arneburg oder ein neues Braunkohlekraftwerk bei Profen dürfe es nicht geben. Frank Albrecht, Sprecher der grünen Landesfachgruppe Ökologie kündigte für die nächsten Monate Aktionen und Veranstaltungen an, um auf die Notwendigkeit einer intakten Umwelt aufmerksam zu machen. "Ökologie ist die Grundlage von allem - ohne sie kann der Mensch nicht leben. Wir dürfen uns nicht den Ast absägen auf dem wir sitzen. Wir müssen ökologisch wirtschaften und können das auch. Das zeigen gerade die 10.000 Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt - während es im energetischen Kohlebereich nur rund 2.000 Beschäftigte gibt", sagte Albrecht.